

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

18.3.1927 (No. 65)

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Vereinsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.- RM. einsch. Zustellgebühren. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreiter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Wirtschaftliche Umschau

Der Reichstag und seine Ausschüsse behandelten in diesen Tagen in ausführlichen Beratungen die grundlegenden wirtschaftspolitischen Probleme, an deren Spitze zweifellos die Finanzfragen und der vorläufige Finanzausgleich stehen. Hier kam es von vornherein, wie zu erwarten war, zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen zentralistischen und föderalistischen Anschauungen und außerdem war der Reichsfinanzminister mannigfachen Angriffen, zumal wegen seines Verständnisses für die Lage der süddeutschen Länder ausgesetzt. Bemerkenswerterweise stellten sich nicht nur die prinzipiellen Unitarier in Opposition gegen die Pläne des Reichsfinanzministers, welche die Lebensfähigkeit der Länder erhalten wollen, sondern auch das größte deutsche Land, Preußen. Wie überhaupt häufig aus den Debatten eine direkt antisüddeutsche Einstellung, die sich nicht nur gegen Bayern wendet, zu erkennen ist.

Die Regierungsparteien haben sich über eine Reihe von Anträgen zum Finanzausgleich geeinigt, durch die der ursprüngliche Regierungsentwurf ein völlig neues Gesicht bekam. Der Finanzausgleich soll in seiner vorläufigen Gestaltung darnach zunächst für zwei Jahre verlängert werden, so daß der endgültige Finanzausgleich erst am 1. April 1929 in Kraft treten soll. Die Kompromißanträge bringen weiter eine Erhöhung der Garantiesumme für die Länder (anstatt 2,4 Milliarden, 2,6 Milliarden Überweisungen aus Einnahmen, Körperschafts- und Umsatzsteuer), wobei man mit einem Steigen des Ertrages aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer rechnet. Andererseits soll die besondere Garantierung von 450 Millionen aus der Umsatzsteuer wegfallen, dafür aber sollen die Länder ihren Anteil an dem Ertrag dieser Steuer zu zwei Dritteln nach der Bevölkerungszahl und nur zu einem Drittel nach dem Einkommen erhalten. Der vielmumstrittene § 35 des Finanzausgleichsgesetzes bleibt zwar bestehen, aber er hat durch die Neuregelung der Überweisungen seine Bedeutung verloren. Die Mehrgarantie von 200 Millionen an Überweisungssteuern soll von den Ländern zur Senkung der Realsteuern, also der Grund- und Gewerbesteuer verwendet werden. Ein Reichsrahmengesetz mit dem Zwecke der einheitlichen Regelung dieser Steuern für das ganze Reich, soll bis zum 1. Oktober vorgelegt werden, darin soll ihr Verhältnis zur Einkommensteuer geregelt werden, sowie die ganze Art der Erhebung der Realsteuern.

Die Widerstände gegen einen Teil dieser Vorschläge, zumal die Erhöhung der Steuerüberweisungsgarantie, kommen auch von den steuerstarken, industriereichen norddeutschen Ländern, vor allem Preußen und Sachsen, die sich dagegen wenden, daß von dem Überweisungsbetrag von 2,6 Milliarden ein doch relativ kleiner Betrag an Umsatzsteuer nach der Kopfzahl der Einwohner verteilt werden soll, während etwa 2/4 Milliarden von der Gesamtsumme von 2,6 Milliarden nach dem tatsächlichen Aufkommen an Einkommensteuern in den einzelnen Ländern zur Verteilung gelangen sollen. Besonders wird von norddeutscher Seite jedoch die geplante Verteilung des Ertrages der Biersteuer bekämpft, die übrigens an sich mit dem Finanzausgleich nichts zu tun hat. Der jährliche Anteil Bayerns soll von 17,2 auf 45 Millionen, der Württembergs von 3,3 auf 8,63 Millionen und der Badens von 2,2 auf 5,76 Millionen Mark erhöht werden. Die süddeutschen Staaten machten hierzu geltend, daß ihnen vor der Inflationszeit ein Anteil von 13 Proz. an der Biersteuer gesetzlich sichergestellt war, was sich dann dauernd zu ihrem Ungunsten verschoben hat. Bayern weist insbesondere darauf hin, daß es von der gesamten Biersteuer im Reich 33 Proz., also rund ein Drittel aufbringt, und daß die Auszahlung der jetzt vorgeschlagenen Summe, die 13,55 Proz. des Gesamtaufkommens ausmache, wahrhaftig kein Sondervorteil sei, wie von preussischer Seite behauptet wird. Preußen geht soweit, die Abänderung der Biersteuer verfassungsändernd zu nennen, und dafür eine 2/3 Mehrheit im Parlament zu verlangen.

Ein anderer strittiger Punkt ist die von der Deutschen Volkspartei beantragte Aufhebung der Gemeindegetränksteuer, gegen die sich insbesondere die Gemeindeverwaltungen wenden, da sie den Finanzausgleich innerhalb der Länder erschwere. Ein Vorschlag geht dahin, den Fehlbetrag durch eine Erhöhung der Branntweinsteuer aufzubringen. Auch dagegen wenden sich die Gemeinden, da der Ersatz einer Gemeindesteuer durch

Reichshilfe wieder einmal in der Richtung des Abbaues der Selbstverwaltung und finanziellen Selbstverantwortung gehe.

Besonders schwierig ist die Frage, wie der Reichshaushalt infolge der verschiedenen neuen Mehrauforderungen, hauptsächlich sozialpolitischer Art, ins Gleichgewicht gebracht werden soll. Die beantragte Erhöhung der Invalidenrenten soll dem Reich einen Zuschuß von 150 Mill. kosten, die Erhöhung des Wohnungsgeldes für die Beamten infolge der Mietserhöhung 60 Millionen, ebensoviel die Entschädigung der Liquidations- und Gewaltgeschädigten, 250 Millionen die unterstehende Erwerbslosenfürsorge (wobei man damit rechnet, daß die Arbeitslosenversicherung am 1. Oktober in Kraft tritt). Dazu kommen noch andere Anforderungen, so daß bereits ein Mehrbedarf von 700 bis 800 Millionen herausgerechnet worden ist. Allerdings stehen auch Überschüsse aus früheren Jahren zur Verfügung. Nun nimmt man außerdem ein Mehraufkommen an Steuern infolge der Besserung der Wirtschaftslage an, wird sich aber trotzdem zu gründlichen Abstrichen und Einsparungen im Etat entschließen müssen, da ja Steuererhöhungen unmöglich erscheinen. Dies dürfte auch das Ergebnis der gegenwärtigen Beratungen der Reichsregierung mit den Fraktionen sein. Die Regierung will jetzt ein Programm derjenigen Mehrausgaben aufstellen, die sie für durchführbar hält, und ebenso ein solches, das die möglichen Einschränkungen der verschiedenen Etatspositionen enthält. Der Reichstag wird somit bereits zum Etat gefasste Beschlüsse revidieren und in Aussicht genommene Forderungen zurückstellen müssen.

Im Reichsparlament stehen neue Aufwertungsdebatten bevor. Die Reichsregierung hat sowohl durch den Reichsfinanzminister wie den Reichsjustizminister verkünden lassen, daß an den Grundzügen der Aufwertungs-gesetzgebung nicht gerüttelt werden dürfe. Dagegen macht die Regierung Vorschläge, durch welche die Auszahlung der Hypothekenzinsen geregelt wird. Die Verzinsung von bereits gelöschten Hypotheken soll mit einem festen, und zwar zeitlich zurückliegenden Zeitpunkt beginnen. Weiter soll die Umwandlung von Hypotheken in Grundschulden ermöglicht werden, um den Gläubiger von der aus den Verhältnissen des persönlichen Schuldners hergeleiteten Anwendung der Gürtelklausel zu befreien. Schließlich bringen die Regierungsvorschläge die Regelung einiger mehr formaljuristischer, jedoch nicht unwichtiger Fragen. Außerdem ist die sofortige Auszahlung der Auslosungsrechte an bedürftige Kleinrentner ins Auge gefaßt.

Ein Volksbegehren in der Aufwertungsfrage wird auch weiterhin von der Reichsregierung abgelehnt, die auch gestern in dieser Richtung einen ablehnenden Beschluß gefaßt hat. Ebenso finden die an dieser Stelle bereits erwähnten, von bedeutenden Theoretikern und Praktikern des Aufwertungsrechts ausgehenden Vorschläge der juristischen Arbeitsgemeinschaft Ablehnung und zwar mit der Begründung, daß auch dieser maßvolle Entwurf leicht den Beginn einer Neuaufrollung der ganzen Aufwertungsfrage bedeuten könne. Diese müsse aber aus volkswirtschaftlichen Gründen vermieden werden, da eine Änderung der Aufwertungs-gesetzgebung wegen ihrer ersten Folgen für das Wirtschaftsleben und die Rechtssicherheit nicht tragbar sei. Diese Vorschläge befassen sich übrigens lediglich mit den Hypotheken und den durch Hypotheken gesicherten persönlichen Forderungen, Obligationen, Pfandbriefguthaben, Versicherungsansprüche, Sparkassenguthaben sind darin nicht behandelt. Es ist u. a. Wiedereintragung einer Schuld in das Grundbuch vorgesehen, wenn der Erwerber des Grundstücks dieses zu einem Preis erworben hat, der unter der Hälfte des Steuereinkommenswertes liegt, ferner ist auch die Früherlegung des Stichtages vom 15. Juni 1927 in Aussicht genommen. Die Gegner des Entwurfs rilgen vor allem, daß hier wichtige Grundzüge des bestehenden Rechts durchbrochen werden, ohne daß der entgegengesetzte Grundsatz durchgeführt wird, daß dabei die Aufrechterhaltung abgeschlossener Vergleiche und die Anerkennung von seit dem Aufwertungs-gesetz durchgeführten Rechtsänderungen den Entwurf selbst gewaltig einschränken und es stark vom Zufall abhängt, ob der Gläubiger von der vorgeschlagenen Neuregelung Nutzen hat. Mit solch relativ geringen Vorteilen sei die außerordentliche neue Unsicherheit viel zu teuer erkauft.

Deutscher Reichstag

W. A., Berlin, 17. März.

Die zweite Lesung des Haushalts des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

wird fortgesetzt. Abg. Gemeter (Dntf.) fordert ein Pflanzenschutzgesetz, um die Einschleppung gefährlicher Pflanzenschädlinge aus dem Auslande zu verhindern. Medner trat ferner für die Kennzeichnung ausländischer Eier ein. Im Jahre 1926 wurden Eier im Gesamtwerte von 230 Millionen RM. aus dem Auslande eingeführt.

Abg. Schmidt-Hannover (Dntf.) befürwortet Anträge zur Förderung der Fischerei. Die bisherigen Erfahrungen des Auslandes mit dem Gefrierverfahren seien nicht ermutigend. Abg. Bornefeld-Ettmann (Ztr.) schildert die Schuldenlast der Landwirtschaft und den schlechten Zustand der Gebäude, die er auf die steuerliche Überlastung zurückführt. Die Pacht-schuldenordnung müsse revidiert und die Stedelung gefördert werden. Frankreich dürfe man für Wein keine Zugeständnisse machen.

Abg. Janzon (Dpt.) glaubt, daß mit Krediten allein dem Winterstand nicht zu helfen sei. Man müsse ihm auskömmliche Preise für seine Produkte verschaffen. Die größte Sorge der Winter sei die angebotene Absicht der Regierung, Frankreich im provisorischen Handelsabkommen die Weineinfuhr nach Deutschland zu erleichtern. Man dürfe den Weinbau um so weniger ruinieren, als er mehr Arbeitskräfte beschäftige als jeder andere Zweig in der Landwirtschaft.

Abg. Bus (Komm.) Man sehe, daß sich die Bauernschaft immer mehr vom Landbund löst. Abg. Dr. Stäffgen (Soz.) weist darauf hin, daß der Ausschuß die Anschaffung des Kühldampfers einstimmig beschlossen habe und daß erst nachher gewisse Interessenten abgelehnt hätten, falls er nicht ihnen selbst übergeben werde.

Abg. Meyer-Hannover (D. Hann.) fürchtet, daß die deutsche Zoll- und Handelspolitik die Schweinezucht ruinieren, die gerade die mittlere und kleinere Landwirtschaft angehe. Zuckergollerhöhung dürfe nicht zu spät kommen.

Reichsernährungsminister Schiele

nimmt hierauf das Wort zur Beantwortung der sozialdemokratischen u. kommunistischen Interpellationen über die Frage der Roggenversorgung. — Nach der Vorratsstatistik des Deutschen Landwirtschaftsraats standen am 15. Dezember 1926 noch 22 Proz. der Gesamtmenge an Roggen zum Verkauf zur Verfügung. Geht man davon aus, daß in diesem Jahre von der gesamten Roggenernte etwa 40 Proz. höchstens 45 Proz. zum Verkauf kommen werden, so würden diese 22 Proz. der Gesamtmenge etwa 50 Proz. der Gesamtverkaufsmenge ausmachen. Das entspricht fast genau den Vorkriegsverhältnissen. Der Schluß ist nicht gerechtfertigt, daß die Roggenversorgung Deutschlands für den Rest des Wirtschaftsjahres nicht mehr sichergestellt ist oder daß sogar in kurzer Zeit eine Roggennot zu erwarten sei. Die Roggenpreise im laufenden Jahre waren zwar ungleich höher als die stark gedrückten des Vorjahres, sind aber im Durchschnitt nicht höher als diejenigen des Wirtschaftsjahres 1924/25. Wenn auch bei den jetzigen Roggenpreisen der Landwirt nur einen knappen Ausgleich für den Mindereertrag dieses Jahres erhält, so bereitet diese Preisentwicklung dem Ernährungsminister naturgemäß Sorge. Die Steigerung des Weizenpreises für Roggen- und Weizengebäck beträgt durchschnittlich 7 Pfennig je Kilogramm und ergibt eine Mehrbelastung auf den Kopf der Bevölkerung von 8,40 M. im ganzen Jahre. Die Getreidehandels-gesellschaft hat innerhalb der natürlichen Grenzen ihre Aufgabe erfüllt, wenn bei den letzten Terminen bereits ein Niedgang der Preisnotierungen verzeichnet werden konnte. Abgesehen davon, daß eine vorübergehende Suspension der Roggenzolls die Versorgungslage des Volkes kaum beeinflussen würde, so würde in den Roggenmarkt für den Rest der diesjährigen Versorgungsperiode eine nicht zu verantwortende Unsicherheit hineingetragen werden. Den Vorteil der Suspension würde nur das Ausland haben (Weisfall bei den Regierungsparteien).

Abg. Schmidt-Röpenich (Soz.) hat wenig Hoffnung, daß die Getreidepreise einmal wieder herabgehen, denn der Landwirt ist in erster Linie Kaufmann und Spekulant.

Damit schließt die Besprechung.

Eine Reihe von Titeln werden zurückgestellt. Der Rest des Haushalts wird angenommen. Der Fond zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung wird von 1,95 auf 2,5 Millionen, die Beihilfen zur bäuerlichen Wirtschaftsberatung von 1,9 auf 2 Millionen, der Fonds zur Schädlingsbekämpfung von 600 000 auf 800 000 M. erhöht.

Neu bewilligt wird ein Kühldampfer für 600 000 M. und ein Betrag von fünf Millionen zur Kinderspeisung. Für langfristige Fischereikredite werden 1,2 Millionen bewilligt.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums

Reichsinnenminister v. Kundell

leitet die Beratung ein mit einem Hinweis auf die Festigung unseres Staatslebens. Seine Aufgabe sehe er darin, unter Vermeidung jeder Schwächung des Vaterlandes für dessen weiteren Aufstieg zu wirken. Der Reichskanzler habe ja bereits in seiner Erklärung von der Ehrung unserer Geschichte gesprochen. Die Verunglimpfung vergangener Zeiten dient auch zur Verächtlichmachung des Reiches im Auslande. Andererseits ist es eine Tatsache, daß die Symbole des neuen Staates Herzensideale eines großen Teiles unseres Volkes geworden sind. Die Stellung des Ministers ist durch eine Reihe von Erklärungen festgelegt. Über die Stellung der Beamten habe ich mich schon im Ausschuß geäußert. Die Wido-

lieft staatlicher Einwirkungen auf unser Geistesleben kann man verschieden beurteilen. Immerhin besteht hinsichtlich der Schulgesetzgebung eine Beunruhigung weiter Kreise nach zwei Richtungen: Einmal der seit Jahren immer vernehmlicheren Schrei der Elternschaft nach Kindererziehung im Schatten der Mütter und dann neuerdings — etwa zusammenfallend mit der Regierungsumbildung — Besorgnisse vor Preisgabe staatlicher Belange gegenüber der Kirche. Diese Beunruhigung ist ein Anzeichen dafür, wie sehr in den politischen Tageskämpfen der letzten Jahre die Fragen der Weltanschauung zu kurz gekommen sind. Auf dem Gebiete der Aufrechterhaltung der christlichen Grundlagen unseres Volkslebens ist Vieles wieder gutzumachen. Ich bin im übrigen der festen Überzeugung, daß ein Weg gefunden werden kann und muß, welcher den verschiedenen Konfessionen das gibt, worauf sie Anspruch haben und im übrigen dem Staate belassen, was des Staates ist.

Ich wäre nun in der Lage, über den Stand der Beratung der einzelnen Gesetze über den Stand der sogenannten Verwaltungsreform Ihnen eine Reihe von Einzelheiten vorzulegen, welche von fleißiger Hand in meinem Ministerium zusammengestellt worden sind. Das wesentlichste davon habe ich bereits im Ausschuss vorgetragen.

Ich möchte nur noch zwei Fragen berühren: Als Beamtenminister liegt mir die Weiterführung der Beamtengesetzgebung ob. Die Reichsdienststrafordnung steht vor ihrem, hoffentlich baldigen Abschluß. Das Beamtenversicherungsgesetz steht der Schlussabstimmung im Reichstag entgegen. Das allgemeine Beamtengesetz soll folgen. Ich begrüße bei dieser Gelegenheit erneut die Mitwirkung der Beamtenorganisationen. In der Tages- und in der wirtschaftlichen Fachpresse sind an Zahl und Bedeutung nicht zu unterschätzende Stimmen vernehmbar geworden, welche die Beamtenfrage als eine mit der heutigen Wirtschaftslage unseres Volkes unvereinbare Belastung unseres öffentlichen Haushaltes bezeichnen. Diese Ideen werden nicht selten in programmatischer Art vorgetragen, indem die Beamten geradezu als Drohnen hingestellt werden. Ich kann diese Erscheinung, bei der vielfach auch unrichtige oder irreführende Zahlenvergleiche eine gewisse Rolle spielen, nur tief bedauern. Wirtschaft und Beamtenfrage sind aufeinander eingestellt. Eine ohne die andere ist undenkbar. Sie sollten daher nicht einander belämpfen, sondern sich bemühen, einander zu verstehen und zu würdigen. Die Beamten sollen die Überzeugung in sich tragen, daß die Regierung sich vor sie stellt, wenn versucht werde, in der bezeichneten Weise ihre Rechtsstellung zu erschüttern.

Den Rechten der Beamten stehen ihre Pflichten gegenüber, die sich in der großen Gesamtpflicht zusammenfassen, daß sie ihr Leben zur Verfügung an den Staat widmen. — Die Stellung der Beamten zur Reichsverfassung und zur deutschen Republik als der in der Reichsverfassung festgelegten Staatsform ergibt sich aus ihrem auf die Verfassung geleisteten Eid und daraus, daß die Verfassung die Grundlage ihrer Tätigkeit bildet. Ich füge ausdrücklich hinzu, daß selbstverständlich auch für die Beamten nach wie vor die Verfassungsartikel 118 und 130 in ihrem vollen Umfange gelten, welche volle Freiheit der politischen Überzeugung gewährleisten und wonach jeder Gewissenszwang, jede Gefinnungsmaßnahme ausgeschlossen ist.

Nach ein Wort zum Schluß zum Verhältnis von Reich und Ländern: Manchem mag hier das Nebeneinander der Regierungsinstanzen überflüssig, ja schädlich erscheinen. Die Möglichkeit von Reibungen und Hemmungen sei zugegeben. Rechtfertigt dies die Inangriffnahme grundsätzlicher Änderungen lebensvoller geschichtlicher Grundlagen unseres Reiches, und das nach dem erbrachten ungeheuren Kraftbeweis im Weltkrieg? Auch heute erblicke ich in der Mannigfaltigkeit unserer staatlichen Verhältnisse eine unerschöpfliche Kraftquelle. Die Reichsregierung wird jederzeit für Ausgleich und Einschränkung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Ländern, wie zwischen Letzteren eintreten.

Abg. Sallmann (Soz.): erklärt, daß der Haushalt des deutschen Kultusministeriums viel zu kümmerlich ausgestattet sei. Unsere kulturelle Rüstung ist spärlicher als die militärische. Wir fordern vom Innenminister schleunige Stellungnahme zum Ablauf des Republiksschutzgesetzes am 1. Juli 1927. Die Sonderrechte der Länder müssen möglichst eingengt werden. Der Redner stellt als sein Ziel auf: Ein Deutschland, das beherrscht und befehlt wird von der Sozialdemokratie.

Abg. Dr. Mumm (Dnl.): Der Redner bespricht das Gesetz zum Schutze der Jugend gegen Schund- und Schmutzliteratur, dessen Wirksamkeit bald beginne. Den christlichen Missionen, die seit sechs Jahren unausgesetzt das Reichschulgesetz fordern, wäre es unerträglich, würde der Reichstag bis November in die Ferien gehen, ohne das Schulgesetz in Angriff genommen zu haben.

Abg. Dr. Schreiber (Z.): Die dauernde Kritik an der Staatsform dürfe nicht fortgesetzt werden. Die Republik müsse vielmehr mit aller Kraft behauptet werden. Vom Innenministerium verlangen wir bewußten Schutzes der Verfassung und der Staatsform. Der republikanische Gedanke darf dem Ministerium kein leeres Firmenschild sein. Unitarismus und Zentralismus etwa der französischen Kultur lehnen wir für Deutschland ab. Probing ist kulturell unterjochtes Land, wir aber wollen die Heimat! Den Ländern müssen wir also nach wie vor beachtliche Kulturkompetenzen zubilligen. Wir bedauern, daß das Reichschulgesetz und Lehrerbildung nicht verabschiedet werden können. Wir lehnen eine Einengung der Weltanschauungen ab. Wir warnen vor einer Überspannung des staatlichen Schulmonopols.

Abg. Gremer (D. Vp.) führt aus, seine Partei sei eine deutsche. Zum Widerspruch reize geradezu die Äußerung des Ministers von der Souveränität der Länder. Wir leben in der Zeit der Souveränität des Volkes. Wir haben unser Schicksal jetzt in die Hand genommen und die Verfassung von Weimar als Rechtsform geschaffen, und wir schützen den Staat heute in dieser seiner Form, in seinem Bestande, und er muß auch in seiner äußeren Erscheinungsform respektiert werden, aber das ändert nichts an unseren persönlichen Anschauungen über die Notwendigkeit der Verbesserung dieser Verfassung. Wir wollen ja keinen Zentralismus. Die Forderung ist nicht nur die Heimat der dort Wohnenden, sondern sie wird es im Zeitalter des Verkehrs für das ganze Volk. Wir hoffen, daß dies zu einer inneren Verwachsung aller Stämme und Klassen führen wird. Die Elbemündung sei ein einheitlicher Wirtschaftsbereich und müsse einheitlich verwaltet werden. Das Reich müsse Hamburg und Preußen zu diesem Zwecke an den Verhandlungstisch bringen, damit nicht eines Tages neben dem alten Hamburg ein neues Hamburg als Konkurrent entstehe. Der Redner schließt mit der Hoffnung, daß es bald gelingen möge, die Zahl der deutschen Länder zu vermindern.

Der auswärtige Ausschuss des Reichstages trat heute, Freitag vormittag, wiederum zusammen und setzte die gestern abgebrochene Beratung über die allgemeine politische Lage und insbesondere über die Genfer Verhandlungen fort.

Ein Gesetz über Dienstverhältnisse der Minister in Württemberg. Der württembergische Landtag hat in der Schlussabstimmung ein Gesetz über die Dienstverhältnisse der Minister gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Volkslisten angenommen.

## Aus den Reichstagsausschüssen

### Der Steueraussschuss des Reichstages

Lehte am Donnerstag die Aussprache über den Finanzausgleich fort, wobei die Vertreter der Landesregierungen Erklärungen abgaben.

Neu eingegangen ist ein Antrag der Regierungsparteien, das Reich solle den Ländern und Gemeinden den gesamten Aufwand für die Erwerbslosenfürsorge bis zum Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung ersetzen.

Der preussische Finanzminister Dr. Hüpler-Wischoff erklärt, daß den auf Kreuzen entfallenden Mehrbeträgen Einnahmeverminderungen und unvermeidliche Mehrausgaben in Höhe von 117 Millionen gegenüberstehen. Angesichts der Senkung der Realsteuern erscheine es ihm bedenklich, den Gemeinden das Recht zur Erhebung von Getränksteuern zu nehmen. Nach dem klaren Wortlaut des Antrages wegen Erhöhung der Biersteuerentschädigungen komme ihm verfassungsändernde Bedeutung zu.

Ministerialdirektor v. Leiden vom Preuß. Ministerium des Innern erklärt, daß für die preussischen Gemeinden die gewöhnliche Senkung der Realsteuern schon durch das neue Gewerbesteuergesetz eingeleitet sei, die dem Mehraufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer mehr als entspräche. Diese Senkung werde auch praktisch zur Auswirkung kommen, wenn den Gemeinden die Belastung durch die Erwerbslosenfürsorge abgenommen und nicht auf dem Umwege über die Krisenfürsorge wieder aufgelegt werde. Bedauerlicherweise werde jedoch in einzelnen Gemeinden eine Erhöhung der Realsteuern eintreten müssen, wenn ihnen die Getränksteuer genommen werde.

Der Vertreter Württembergs gab folgende Erklärung ab: Die Umsatzsteuer auf Grundstücke, Gebäude und Gewerbe wird ab 27. April 1927 senkt werden. Die Regierung wird auf die Gemeinden einwirken, daß sie, was sie an Einkommen- und Körperschaftsteuer mehr erhalten, zur Senkung der Gemeindeumlage auf Grundstücke, Gebäude und Gewerbe zu verwenden.

Der Vertreter Badens erklärte: Die badische Regierung steht vollkommen auf dem Standpunkt des Ausschusses, daß die Realsteuern der Länder nach Möglichkeit gesenkt werden sollen. Baden hat im Jahre 1926 seine Realsteuern umgestellt in dem Sinne, daß das gewerbliche Vermögen nicht mehr nach dem Wert, sondern nach dem Wert und dem Ertrag besteuert wird. Erst wenn das Ergebnis der ersten Verhandlung vorliegt, kann beurteilt werden, ob die Notwendigkeit und Möglichkeit einer weiteren Senkung der Realsteuern vorliegt. Wenn dies der Fall sein wird, wird die badische Regierung eine Senkung eintreten lassen.

Bayerischer Staatsrat v. Wolf wendet sich gegen die Behauptung, daß Bayern jetzt ohnehin schon zu den Ausgaben des Reiches weniger beitrage, als es vom Reich erhalte. Bayern werde von seinen föderalistischen Grundfäden nichts aufgeben. Das Gesetz von 1919 begründet den Anspruch der süddeutschen Länder auf die vorgeschlagene Erhöhung der Biersteuerentschädigungen. Die bayerische Grundsteuer sei im Reichstag schon mehrfach als zu niedrig bemängelt worden. Die Forderung nach einer Senkung werde sich also auf diese Steuer nicht beziehen. Die Gewerbesteuer sei im Juli 1926 neu geregelt worden. Im Einverständnis mit der Wirtschaft sei dies in der Weise geschehen, daß die Steuer dem Staate 24 Millionen RM. erbringen solle. Die Regierung habe versprochen, die Steuer entsprechend zu senken, wenn der Ertrag diesen Betrag übersteige werde. Falls die Getränksteuern beseitigt würden, würden die Gemeinden genötigt sein, ihre Umlagen zu erhöhen. Er bitte dringend die Getränksteuer aufrechtzuerhalten, wenigstens für Bier.

Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurde am Donnerstag § 60 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes angenommen, der die Bezugsdauer für die Unterstützung auf 26 Wochen beschränkt, aber den Verwaltungsausschuss in Zeiten besonderen Notstandes zur Verlängerung auf 39 Wochen ermächtigt. Die Bestimmungen, die auch eine Verkürzung auf 13 Wochen zuläßt, wurde auf Antrag der Regierungsparteien gestrichen. Sozialdemokratische und demokratische Anträge auf Verlängerung der Bezugsdauer, wurden abgelehnt. Das Zentrum behielt sich vor, in der zweiten Lesung für 39 Wochen zu stimmen, wenn das finanziell durchführbar sei.

### Die notgeschliche Regelung der Arbeitszeit

In den Verhandlungen über das Arbeitszeitnotgesetz innerhalb der Regierungsparteien ist infolgedessen ein gewisser Abschluß erreicht worden, als die Beratungen des für diese Frage eingesetzten Unterausschusses beendet worden sind. Eine Einigung ist allerdings, wie den Blättern zu entnehmen ist, im Unterausschuss nicht erzielt worden.

Nach der „Tägl. Rundsch.“ ist dem Unterausschuss von der Deutschen Volkspartei ein Vermittlungsvorschlag unterbreitet worden, bei dem es sich um einen Ausgleich zwischen der Forderung der Deutschen Volkspartei nach Aufrechterhaltung der Mehrarbeit u. dem Verlangen des Zentrums nach gleichzeitiger Geschl. Festlegung des Lohnzuschlages für Mehrarbeit handelt. Der Vermittlungsvorschlag ist den Fraktionen der Regierungsparteien zur Beschlußfassung zugegangen und es bleibt abzuwarten, ob eine Einigung unter den Regierungsparteien auf dieser Grundlage erreicht werden wird. Für den Fall, daß es zu einer solchen Einigung nicht kommen sollte, glaubt das „L. T.“ voraussetzen zu können, daß dann eine Vorlage des Reichskabinetts anfangs der nächsten Woche den parlamentarischen Körperschaften zugeleitet werden soll, bei denen die Entscheidung liegen werde.

### Der künftige deutsch-französische Handelsvertrag

Von dem Leiter der deutschen Wirtschaftsdelegation in Paris und dem französischen Handelsminister Botanowski ist das Programm unterzeichnet worden, das die Richtlinien für einen zukünftigen definitiven Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich regelt.

Es kann somit in die Einzelberatung eingetreten werden, sobald die jetzt geführten Verhandlungen über die Abänderung des Handelsprovisoriums, das bis zum 31. Mai läuft, abgeschlossen sind. Diese Verhandlungen betreffen die Forderung der Franzosen, ihnen schon ab 1. April die Einfuhr von Wein nach Deutschland unter den gleichen Bedingungen, unter denen spanische und italienische Weine auf Grund der bestehenden Handelsverträge mit Spanien und Italien eingeführt werden können, zu bewilligen. Als Gegenleistung fordert die deutsche Wirtschaftsdelegation für die Dauer des Provisoriums für weitere Industrieprodukte als die, die in dem Handelsprovisorium eine begünstigte Stellung für die Einfuhr nach Frankreich einnehmen, ebenfalls Einfuhrmöglichkeiten. Die Verhandlungen haben in den letzten Tagen einen normalen, nicht ungünstigen Verlauf genommen.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Der polnische Außenminister Jaleski sprach in einer Unterredung die Hoffnung aus, daß die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen in nächster Zeit wieder aufgenommen werden können und zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden.

## Politische Neuigkeiten

### Die deutsch-saarländische Volkspartei zu den Ergebnissen von Genf

Die deutsch-saarländische Volkspartei (Vereinigte liberale und demokratische Partei) hat nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Schmelzer, der als Mitglied der Saardelegation in Genf weilte, eine Entschliebung gefaßt, in der sie mit tiefstem Bedauern davon Kenntnis nimmt, daß auch der Völkerrundrat die bestimmten Erwartungen der Saarbevölkerung nicht erfüllt hat und eine baldige Umgestaltung des Saar-Regimes im wahren Völkerrundrat gefordert. Reichsaussenminister Dr. Stresemann wird der Dank dafür ausgesprochen, daß er die saar-deutschen Interessen im Rahmen des Möglichen vertreten hat. Im übrigen hatten die Genfer Verhandlungen die Erkenntnis gestärkt, daß eine befriedigende Lösung nur möglich ist durch einen baldigen und reiflichen Wiederanschluß des Saargebietes an das Vaterland. Ferner wurde die Absendung eines entsprechenden Telegramms an Dr. Stresemann beschlossen.

### Weitergeltung von Bestimmungen in der Erwerbslosenfürsorge über den 1. April 1927 hinaus

Am 31. März 1927 läuft die Geltungsdauer einiger Gesetze und Verordnungen in der Erwerbslosenfürsorge ab. Hierzu gehören das Gesetz über eine Krisenfürsorge für Erwerbslose, die Kurzarbeiterfürsorge und die sechste Ausführungsverordnung über den Reichsausgleich. Das Reichsarbeitsministerium hat dem Reichsrat Vorlagen über die Verlängerung dieser Bestimmungen gemacht. Mit einer baldigen Verabschiedung kann gerechnet werden. Das Reichsarbeitsministerium wird ferner die Geltungsdauer seines Erlasses, durch den die Höchstdauer der Erwerbslosenunterstützung für die Mehrzahl der Berufsgruppen über 26 Wochen hinaus ausgedehnt hat, verlängern. Auch die bisherigen Höchstsätze bleiben über den 1. April 1927 hinaus in Kraft.

### Deutschlands Zahlungsfähigkeit und die interalliierten Schulden

Der Rektor der amerikanischen Princeton-Universität, Hibben, erklärt, die gestern gemeldete Behauptung des Schatzsekretärs Mellon, die Alliierten erhielten die Beträge zur Tilgung ihrer Schulden aus dem Dawesfonds, widerspreche der Feststellung der Schuldenkommission vom 30. Sept. 1925, daß die deutsche Reparation und die Schulden Frankreichs getrennte Probleme seien. Außerdem sei Mellons Standpunkt auf die Überzeugung gegründet, daß Deutschland 60 Jahre lang regelmäßig Zahlungen aus dem Dawesplan leisten werde. Diese Annahme könne jedoch nicht als zweifellos gelten. Ferner seien Deutschlands Zahlungen an Frankreich zur Wiedergutmachung von Störungen bestimmt, während Mellon verlangt, daß Frankreich die ganze Summe an die Vereinigten Staaten wieder auszahle.

### Der deutsche Reichssekretat im französischen Senat

Im französischen Senat ergriff bei der Beratung der Nachtragskredite, die der Kriegsminister verlangt, der elssische Senator Ceccard das Wort, der das Steigen des Budgets der deutschen Reichswehr erörterte, deren Ausgaben von 425 Millionen im Jahre 1924 auf 700 Millionen im Jahre 1927 gestiegen seien. Die deutsche Handelsmarine sei eine Pflanzstätte für Offiziere geworden, eine Erscheinung, die beweise, daß Deutschland sein altes Prestige in der Welt wieder aufzurichten wolle; die jetzigen Regierenden in Deutschland könnten nicht genügend Garantien bieten, um Frankreich Vertrauen zu den freundschaftlichen Erklärungen der deutschen Regierung zu lassen. — Hierzu erklärte Ministerpräsident Poincaré, die Regierung habe ihre Aufmerksamkeit endlich auf diese Tatsache gelenkt. Sie werde fortfahren, im Einverständnis mit den parlamentarischen Ausschüssen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die die Sicherung des Friedens und die Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit erfordern.

### Die Lage in China

Es wird nun gemeldet, daß die Truppen Tschangsolins einen wichtigen Eisenbahnknotenpunkt in der bisher unter Wupeifu Macht stehenden Provinz Honan eingenommen haben. Wupeifu, dessen gegenwärtiger Aufenthaltsort unbekannt ist, hat sich von allen militärischen Operationen zurückgezogen, so daß nunmehr der Weg für die Entschliebungsschlacht zwischen dem Norden und dem Süden frei ist, da Wupeifu bisher zwischen diesen beiden Mächten stand. Die Truppen Wupeifus, soweit sie noch in Formationen bestehen, fallen entlang der Eisenbahnlinie auf Hankau zurück. Soweit hier bekannt ist, sind eigentliche kantonesische Truppen noch nicht in der Provinz Honan erschienen.

Nach englischen Meldungen scheint die lange angekündigte Abfahrt der Südsee, ihre gesamten Anstrengungen auf die Einnahme Hankings zu richten, dessen Fall automatisch zu dem Schwarzhais führen würde, in voller Ausführung begriffen zu sein.

Ebenso wollen die englischen Meldungen wissen, daß bei den Südchinesen der radikale, bolschewistische Flügel im Begriff sei, die Oberhand zu gewinnen. „Daily News“ zufolge besteht die Möglichkeit einer Verdrängung des nationalchinesischen chinesischen Ministers Tschin durch die Extremisten seiner Partei.

### Kurze Nachrichten

Die Diplomatenempfang bei Dr. Stresemann. Die „Voss. Ztg.“ hatte gemeldet, daß man in Berliner diplomatischen Kreisen den Besprechungen des Reichsaussenministers mit dem russischen und dem italienischen Votschaffer eine über die normalen Empfangs hinausreichende politische Bedeutung beimesse. — Wie die Blätter hierzu erfahren, hat irgend eine besonders hochwichtige politische Frage bei keinem dieser Besuche vorgelegen.

Der Berliner Aufenthalt des dänischen Königs. Der König von Dänemark stattete Donnerstag mittag in Berlin dem Reichspräsidenten einen Besuch ab. Im Anschluß fand auf der dänischen Gesandtschaft ein Frühstück statt. Zu diesem Frühstück waren u. a. gekleidet Reichskanzler Dr. Marx und Außenminister Dr. Stresemann. Das Königspaar reiste abends nach Kopenhagen zurück.

Eine Aufwertungsnotelle. Das Reichskabinett hat, der „Germania“ zufolge, dem Reichstage nunmehr die Vorlage in der Aufwertungsfrage unterbreitet. Die Vorlage sieht, wie seitherzeit angeordnet, lediglich die Bestimmung einzelner Härten und Unebenheiten in der bisherigen Aufwertungsnotelle vor. Wesentliche Änderungen des bisherigen Aufwertungsnotelles sind nicht vorgenommen worden.

Die Verhandlungen in der Lodzer Textilindustrie sind ergebnislos abgebrochen worden. Wahrscheinlich wird am Samstag der Generalstreik ausbrechen. Heute tritt der polnische Ministerat zu einer Sitzung zusammen, um zu der Streiklage Stellung zu nehmen.

Dr. Lufaschel zum Oberbürgermeister von Sindenburg gewählt. In der Stadtverordnetenversammlung Sindenburg (Oberschlesien) wurde das Mitglied der gemischten Kommission für Oberschlesien, Rantat a. D. Lufaschel, mit den Stimmen sämtlicher Parteien gegen die Stimmen der Kommunisten, und zwar mit 89 gegen 11 Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt.

**Domänenmelliorationen in Preußen.** Das preußische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf über die Bereitstellung weiterer Staatsmittel zur Ausführung von Bodenverbesserungen auf staatlichen Domänenvorkäufen und anderen domänenfiskalischen Grundstücken überwiesen monach dem Staatsministerium ein Betrag von einer Million RM. zur Verfügung gestellt wird.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

#### Reichhaltige Tagesordnung für die Plenarsitzung

Am Donnerstag, 24. März, vorm. 9 Uhr, tritt das Plenum des Landtages wieder zusammen. Die Tagesordnung ist folgende:

1. Mitteilung der Eingänge.
- II. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über
  1. die Verordnung der Herren Minister der Finanzen und des Innern vom 21. 10. 1926 über die Zuwachssteuer (Druck. S. 271), Berichterstatter Abg. Egger;
  2. die Anträge der Abgeordneten
    - a) Kläuber und Gen., Aufhebung der Steuer für Haus- und Hofgebäude (Druck. Nr. 18), Berichterstatter Abg. Seubert;
    - b) Dr. Baumgartner und Gen. auf Gesetzentwurf über die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten (Druck. Nr. 61 und 61 a), Berichterstatter Abg. Dr. Glodner;
  3. den Gesetzentwurf über die Aufnahme einer Wohnungsbauleihe (Druck. Nr. 62) und die Denkschrift des Herrn Ministers des Innern über Wohnungsnot und Förderung des Wohnungsneubaus durch Aufnahme von Anleihen (Druck. Nr. 55) und damit in Verbindung: die Anträge der Abg. Rod und Gen.,
    - a) beschleunigte Bereitstellung von Mitteln zum Wohnungsbau und Verbot von Paraden und Eisenbahnwagen zu Wohnzwecken (Druck. Nr. 57);
    - b) Verhinderung der Erhöhung der gesetzlichen Miete (Druck. Nr. 58, Druck. Nr. 62, 65a), Berichterstatter Abg. Rüdert;
  4. den Gesetzentwurf über die Förderung der Hagelversicherung (Druck. Nr. 60 und 60 a), Berichterstatter Abg. Weighaupt;
  5. den Gesetzentwurf über die Verwaltung des Vermögens der Religionsgesellschaften (Kirchenvermögensgesetz) (Druck. Nr. 51 und 51 a), Berichterstatter Abg. Dr. Glodner;
  6. die Gesuche
    - a) des Fabrikanten W. Rohm in Pforzheim, Verweigerung der Annahme von badischen Banknoten am Bahnhalt in Mannheim, Berichterstatter Abg. Seubert;
    - b) des Bad. Bauernvereins, Spiritusmonopolgesetz, Berichterstatter Abg. Seubert;
    - c) der Ortsstelle Heilberg, Redargerach und Ottenau des Deutschen Beamtenbundes, Einreichung dieser Orte im Ortsklassenverzeichnis (Druck. Nr. 56), Berichterstatter Abg. Freidhof;
    - d) des Grund- u. Hausbesitzervereins Pforzheim, Steuererleichterung, Berichterstatter Abg. Seubert;
    - e) des Bauernvereins Pflüngen u. a., Ausbau der Bahnstrecke Waldbrunn-Tauberbischofsheim, Berichterstatter Abg. Seubert;
    - f) des Gemeinderats Schweinberg, Durchführung der Bahnstrecke Hardheim-Königsheim, Berichterstatter Abg. Seubert;
    - g) des Eisenbahnkomitees Mergingen u. a., Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn Ofterburten-Mergingen, Berichterstatter Abg. Seubert;
    - h) der technischen und nichttechnischen II. Beamten der vormals bad. Eisenbahnverwaltung, Einstufung in der Reichs-Bef.-Ordg., Berichterstatter Abg. Seubert;
    - i) der staatlich empfohlenen Vogelschutzstelle in Baden u. a., Staatszuschuß für eine staatliche Vogelschutzstelle, Berichterstatter Abg. Freidhof;
    - k) des Kaufmanns E. Knoll u. a. in Karlsruhe, Verwendung von Paraden zu Wohnzwecken, Berichterstatter Abg. Maier-Heidelberg;
- III. Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über
  - a) den Antrag der Abg. Gündert und Gen., Änderung des § 111 der Gemeindeordnung (Druck. Nr. 25 und 25 a), Berichterstatter Abg. Graf;
  - b) die Gesuche
    1. des Württ. Frontkämpferbundes in Stuttgart, Reichsehrenmal, Berichterstatter Abg. Scheel;
    2. des B. Stiefvater in Hochhaus, Änderung des Gemeindevahlgesezes, Berichterstatter Abg. Dr. Hoffmann;
    3. des Bad. Gastwirterverbandes, Errichtung einer Schankwirtschaft mit Kaffeeauskunft in Waben-Baden durch die Brauerei Sinner u. G. in Karlsruhe, Berichterstatter Abg. Dr. Hoffmann;
    4. des Kammermeisters Behringer in Mannheim, Einteilung der Mehrbezirke in Mannheim, Berichterstatter Abg. Dr. Hoffmann.

#### Das Kirchenvermögensgesetz in zweiter Lesung angenommen

Der Verfassungsausschuß des Landtages trat am Donnerstag in die zweite Lesung des Kirchenvermögensgesetzes ein. Die Sozialdemokratie gab eine Erklärung ab, daß sie mit dem Gesetze einverstanden sei, da es auf dem Gebiete der Trennung von Staat und Kirche liege. Die Sozialdemokratie verlange die Befreiung des Staates von den finanziellen Verpflichtungen.

Die Deutsche Volkspartei erklärt, sie könne wegen Enttarnung mehrerer Mitglieder der Fraktion zu dem Gesetze noch keine endgültige Stellung nehmen.

Das Zentrum verweist nochmals auf die kläglichen Rechtsansprüche der katholischen Kirche hinsichtlich der Leistungen des Staates für die Kosten der Vermögensverwaltung.

Der Unterrichtsminister erklärt, die Rechtslage könne nicht durch einen Beschluß des Landtages geklärt werden. Der Staat könne höchstens die Vereinbarung kündigen. Entweder müsse eine Vereinbarung mit den Kirchen getroffen werden, oder es komme zum Prozeß. Rame eine friedliche Einigung zustande, so könnten die Kirchen trotzdem fordern, daß Art. 187 der Reichsverfassung durchgeführt werde.

Darauf wurde in die Einzelberatung eingetreten. Die Bürgerliche Vereinigung stellte folgenden Änderungsantrag zu § 1: § 1 erhält folgende Fassung: „Jede Religionsgesellschaft

ordnet ihre Vermögensangelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes durch eigene Satzung und verwaltet sie nach Maßgabe dieser Satzung.“ Diese Fassung wurde angenommen. Die übrigen Paragraphen wurden in der Fassung der ersten Lesung angenommen.

Darauf erfolgte die Abstimmung über das ganze Gesetz. 11 Stimmen waren dafür (Zentrum, Sozialdemokratie, Demokratie, Bürgerl. Vereinigung), 1 Stimme (Kommunisten), dagegen: 1 Enthaltung (D.V.P.). Die Sozialdemokratie gab noch die Erklärung ab, daß sie sich die Stellung ihrer Anträge für das Plenum vorbehalten. Damit sind die Verhandlungen im Ausschusse abgeschlossen.

#### Antrag zur Offiedlung

Die demokratische Landtagsfraktion hat zur Frage der Offiedlung folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, die Schaffung von geschlossenen Siedlungen badischer Bauern im Osten und Norden des Reiches als Staatsaufgabe zu betreiben und zu diesem Zwecke eine staatliche Geschäfts- und Beratungsstelle einzurichten, und auf Beschaffung einer unter staatlicher Aufsicht stehenden gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft hinzuwirken, der für Baden in Betracht kommenden Reichsmittel und etwa vom Land zu bewilligende Mittel zur Verfügung zu stellen wären.

#### Bahnbau Ofterburten-Mergentheim

Dr. Mergentheim, 17. März. Schon seit der Jahrhundertwende wird von zahlreichen Gemeinden des Baulandes die Errichtung einer normalspurigen Eisenbahn Ofterburten-Mergentheim angestrebt. Am 5. Januar fand, wie gemeldet, in Affstadt nun eine große Versammlung von Vertretern der an dieser Bahn und ihrer Weiterführung über Ballenberg-Affstadt-Bachbach nach Bad Mergentheim interessierten Gemeinden statt. Am Samstag trat das Eisenbahnkomitee in Ballenberg zu einer Versammlung zusammen, um sich über den Stand der Angelegenheit unterrichten zu lassen. Über die Angelegenheit referierte Landesökonomierat Landtagsabg. Saad, Tauberbischofsheim, der u. a. erklärt, daß seinerzeit, als die Staatsbahnen an das Reich abgetreten wurden, das Reich beim Kaufabschluß die Verpflichtung des Baus eines bestimmten Anzahl von projektierten und von den Landtagen genehmigten Eisenbahntrecken übernehmen mußte. Zu diesen Strecken gehöre auch die von Ofterburten nach Mergentheim. Zunächst werde die Bahn Königheim-Hardheim ausgeführt werden müssen. Danach komme mit ziemlicher Sicherheit die Strecke Ofterburten-Mergentheim dran. In zwei bis drei Jahren werde es dann endlich Wirklichkeit werden, was die Bewohner dieser Ortshäfen des Baulandes schon seit einem Vierteljahrhundert gewünscht und erhofft hätten.

#### Landesstagung der Arbeitersportvereine Badens

Dr. Karlsruhe, 14. März. Die in der Zentralkommission für Körperkultur u. Jugendpflege (Kreis Baden) vereinigten Arbeitersportvereine Badens hielten am Sonntag im Bürgeraal des Karlsruher Rathauses ihre 7. Landesstagung ab. Aus allen Teilen Badens hatten sich Vertreter eingefunden. Der vom geschäftsführenden Vorsitzenden Grimm verlesene Geschäftsbericht läßt erkennen, daß auch im abgelaufenen Geschäftsjahre die Arbeitersportbewegung Badens große Fortschritte gemacht hat, und daß die Zentralkommission ihre Arbeiten zum Nutzen der Arbeitersportvereine geführt hat. Die Hauptarbeit erstreckte sich auf den Verkehr mit den Behörden, insbesondere dem Unterrichtsministerium. Der Tätigkeit des Referenten für Sport- und Jugendpflege im Unterrichtsministerium, Regierungsrat Brokner, wurde für seine Arbeit Anerkennung gezollt. Die Wahl ergab die einstimmige Wiederwahl der alten Leitung. Am Schluß der Tagung hielt der Jugendleiter des Arbeitertums- und Sportbundes, Turnlehrer Dees aus Bremen, ein Referat über Jugend und Sport. — Unter der Fülle von Anträgen, die zur Beratung standen, ist einer bemerkenswert, der auch angenommen wurde und der will, daß seitens der Regierung ein Fonds geschaffen werde, aus welchem Vereinen zum Ausbau von Turnhallen, Vereinshäusern und Jugendheimen Darlehen zu einem niedrigen Zinsfuß gewährt werden können.

#### Gemeinde-Rundschau

Das Mannheimer Großkraftwerk. Dieser Tage fand eine Besichtigung des Großkraftwerkes Mannheim durch den Stadtrat Ludwigsbafen statt. Dabei hielt Direktor Dr. Marguerre einen einleitenden Vortrag, in dem er über die Projektierung der in Ausführung begriffenen Erweiterung des Wertes und über einige Erfahrungen aus seiner Amerikareise referierte. Der Vortragende wies auf die sehr rasche technische Entwicklung der letzten Jahre in der Energieerzeugung mit Dampf hin, so daß die Erweiterung des erst im Jahre 1925 fertiggestellten Großkraftwerkes heute bereits nach vollständig veränderten Gesichtspunkten erfolge. Die Amerikaner sind, während in Deutschland die Entwicklung durch den Krieg und die Inflation aufgehalten war, ihr vorgegangen und haben Wirtschaftlichkeitsgrade tatsächlich erreicht, die noch vor wenigen Jahren bei uns für unmöglich gehalten wurden. Trotz der durch die allgemeine Teuerung erhöhten Anlagelosten und der teureren Kohlen kann heute ein noch den modernsten Grundrissen ausgeführtes Dampfwerk die Energie billiger herstellen als vor dem Kriege. Dies gilt allerdings nur für die Erzeugung im Wert, während die Fortleitungsstellen der Energie bis zum Abnehmer und die Verwaltungsstellen der Werke gestiegen sind. Der Redner verbreitete sich dann über verschiedene andere Punkte und betonte besonders den im ganzen amerikanischen Geschäftsleben jetzt eifrig propagierten Gedanken des „Service“ der kurz dahin wiedergegeben werden kann, daß die Förderung des allgemeinen Wohles und der Dienst am Publikum das beste Mittel ist, um selbst Geschäfte zu machen.

Wasserkrang Heidelberg-Mannheim. Die Arbeiten zur Herstellung des Trinkwasserkanals zwischen Mannheim und Heidelberg sind bereits am Anfang dieses Jahres in Angriff genommen worden. Der Wasserkrang wird insgesamt eine Länge von 14 Kilometer haben. Der Anschluß findet beim neuen Wasserwerk in Rheinheim statt und mündet in dem 3000 Kubikmeter Inhalt großen Hochbehälter am Bergabhang bei Rohrbach. Die Bauleitung hofft, spätestens Anfang Mai mit den Arbeiten fertig zu werden, so daß bereits in den Sommermonaten das Wasser aus dem neuen Wert bezogen werden kann.

Badisch-bayerischer Verkehrsverband. In Waldbrunn (Bad. Odenwald) tagte der geschäftsführende Ausschuß des am 27. Januar 1927 gegründeten badisch-bayerischen Verkehrsverbandes. Es erfolgte Beschlussefassung über die Satzungen des Verbandes, sowie über Art, Umfang und Zeitpunkt der zu entfallenden Berbetätigkeit. Eine unter künstlerischer Begutachtung von Frau Fortmeier Herr-Waldbrunn herauszugebende Verbetätigung soll für den mit Naturschönheiten gesegneten Odenwaldteil Anorbach-Waldbrunn-Mudau und deren angeschlossenen Nachbargemeinden, werden.

Vom Rathaus Meersburg. Die Innerräume des im Jahre 1861 als Bürgerhaus gebauten Meersburger Rathauses gehen ihrer Verendigung entgegen. In dem Vorraum zum Saal wird in mehreren Schränken u. a. auch eine Sammlung von Pfahlbaukunst aus der Zeit vor etwa 5000 Jahren, die zum Teil aus dem See bei der Galina stammen, aufgestellt finden. Erwähnenswert ist eine Sammlung von Bildern alter Meersburger Bürger. Das Archiv mit seinen alten Urkunden ist recht sehenswert. Durch die Aufstellung von Zinngeschloß und Potalen sowie anderem alten Hausgerät und durch den Einbau von altertümlichen Leuchtern wird für das Innere des Meersburger Rathauses ein mittelalterlicher Rahmen geschaffen, der sicherlich manchen Fremden anziehen wird.

#### Aus der Landeshauptstadt

Bestaltzsi-Feier in der Festhalle. Die 100. Wiederkehr des Todestages Johann Heinrich Bestaltzsis, des Begründers unserer gesamten neuzeitlichen Pädagogik, der „Pädagogik vom Kinde aus“, hat auch der Stadt Karlsruhe und ihrer Lehrerschaft Anlaß gegeben, dieses großen Mannes in einer öffentlichen, jedermann zugänglichen Gedächtnisfeier zu gedenken. Sie findet, wie bereits bekannt gegeben, nächsten Samstag, den 19. d. M., im großen Festhallsaal statt. Das Programm sieht der Bedeutung und dem Charakter der Feier angepaßte Darbietungen (Orgelvortrage, Gesang, Vorträge von Dichtungen und — im Mittelpunkt des ganzen stehend — eine Gedächtnisrede auf den großen Volkserzieher) vor. Neben der Bevölkerung der Stadt sind besonders die oberen Klassen aller Schulen dazu eingeladen und berufen, die Veranstaltung zu besuchen, da Bestaltzsis ganzes Sinnen und Streben vornehmlich der Erziehung der Jugend zu edlen Menschenfreunden galt. Die Feier beginnt pünktlich 8 Uhr abends. An Zugängen zur Halle sind geöffnet die beiden Eingänge in den Kleiderablagen Ost und West sowie das Hauptportal. Die Dauer der Feier ist auf etwa 1 1/2 Stunden berechnet.

Konzert des Balalaika-Orchesters. Wie schon oft hatte diese erste russische Konzertgesellschaft ein zahlreiches und beifallfreudiges Publikum in den Eintrachtsaal gelockt. Wiederum gefielen sehr die unter Dr. E. Swertoffs Leitung gespielten Konzerte für Balalaika-Besetzung, mit Lisa Wolgina als Solistin, aber auch die neuerdings in das Programm aufgenommenen Männerchöre konnten sich hören lassen. Angenehme Abwechslung erhielt die Vortragsfolge weiterhin durch die verschiedenen Tänze, die Stefanie und Nicola Stürzloff sowie Sergei Sawin ausführten. Auf Einzelheiten des vorwiegend dem russischen Volkslied und dem russischen Volkstanz gewidmeten Abends braucht man hier nicht mehr näher eingehen; das alles ist uns längst bekannt und vertraut, läßt aber trotzdem immer wieder neuen Reiz, wie auch diesmal wieder der starke äußere Erfolg bewies.

Kalosseum. Man ging mit ziemlich großen Erwartungen zu dem neuen Gastspiel im Kalosseum, denn Gelly de Nieldt versprach immerhin eine gewisse, ihr sogar schon altentwöhnt vom Gericht bestätigte Sensation. Aber es wurde nicht allzuviel daraus, nachdem man sich rasch an die gegen sonst noch etwas spärlichere Kostümierung ihres Ensembles gewöhnt hatte. Auf dieses Spezifikum schien sich überhaupt dessen Existenzfähigkeit zu gründen, und das war denn doch zu unökonomisch bescheiden: Von blanken Körpern verlangte man heutzutage auch irgendwie blanke Kunst, d. h. in diesem Fall tänzerisches Können. Was sind Schönheitsstänze, wenn die Schönheit des Tanzes fast vollkommen fehlt? Es bleibt eigentlich nur pseudo-künstlerischer Bluff, momentan vielleicht ein bißchen exotische Schwüle und — nicht einmal sonderlich große — reklamemäßige Attraktion. Allein in ihrer stimmigen Gestalt bereit war doch wohl nur Vera Sabtegiere, weil sie ihrem proportionierten Leib geschmeidige Bewegung zu geben verstand. Bei ihr wirkte deshalb der Mangel an Bekleidung auch nicht so beleidigend und war wirkungsvoll gesteigert durch merkwürdige tänzerische Qualitäten. Allen anderen war Terpsichore jedoch kein ernstes Problem, sondern nur erwünschter Vorwand, sich selbst „bloß“ zu stellen. Mit dieser Formel erledigt sich ein näheres Eingehen auf das übrige Programm, das sich schließlich durch solch einseitige Schaustellung ad absurdum führte. Schade, daß einige der schönen Mädels im gymnastischen Sinne noch nicht einmal so viel gelernt haben wie Thessa Lehner, die wenigstens einen brauchbaren Epizentanz vorzeigen konnte! Wenn freilich die verantwortliche Leiterin das Medium des Tanzes persönlich nur dazu benutzte, in der sichtbaren Ausübung ihres Berufs für ein ästhetisches X ein sinnliches U vorzumachen, so rächt sich solch verhängnisvoller Irrtum eben auch an den kleinen Artistinnen, die in diesem sogenannten „Sport- und Kulturball“ kaum das Niveau von mittelmäßigen Revue-Girls erreichen. S. Sch.

Die Beschädigung des Schilbes in der Ebertstraße. Im Sommer 1925 waren in der Ebertstraße hier zwei Straßenschilder mit Farbe bestrichen und ein drittes Schild, das an einem Holzpfahl angebracht war, demoliert und in einen anstehenden Garten geworfen worden. Diese Handlungsweise brachte sechs junge Leute aus Karlsruhe wegen Sachbeschädigung vor das hiesige Schöffengericht, das gestern über den Fall verhandelte. Vier Angeklagte wurden zu Geldstrafen von 100 bzw. 150 Mark verurteilt, ein Angeklagter erhielt zwei Wochen Gefängnis, während der sechste mangels Beweisen freigesprochen wurde. Wie die Urteilsbegründung ausführt, verurteilte das Gericht nicht den politischen Untergrund der Tat, die f. Bt. große Erregung in weite Kreise der Bevölkerung hineingetragen habe.

Badisches Landesbühnen. Das Lustspiel „Die Welt, in der man sich langweilt“ von Edmund Rillerau, von Ulrich von der Trend neu inszeniert und in Szene gesetzt, gelangt am Samstag, den 19. März, nach zwei Jahrzehnten zum erstenmal zur Wiederaufführung. Als „Herzogin von Réville“ wird Rosa Bertens in einer ihrer Glanzrollen ein einmaliges Gastspiel absolvieren. Neben ihr wirken die Damen Clement, Ermarth, Fein, Rademacher und die Herren Hiert, Herz, Hüfner, Hofbauer, Kloble, Leitzig und Prüter mit. Die Vorstellung beginnt um 1/8 Uhr. Am Sonntag, den 20. März findet unter musikalischer Leitung von Dr. Heinz Knoll und unter der Regie von Otto Krauß eine Neuarbeitung von d'Alberis Musikdrama „Tiefenland“ statt. Die Vorstellung beginnt um 7 1/2 Uhr. Es sind beschäftigt die Damen Lilly Wäternann (Martha), Emma Seibertich (Rosa), Elisabeth Wanka (Rosalia), Martha Wied (Nuri) und die Herren Christian Anfer (Tommaso), Karlheinz Löfer (Moruccio), Hans Siegfried (Rando), Theo Strad (Pedro) und Adolf Vogel (Sebastiano). Musikalische Leitung: Dr. Heinz Knoll, Szenische Leitung: Otto Krauß.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Bei vorwiegend ruhiger trockener Luft aus dem nördlichen Südosten liegenden Hochdruckgebiet behalten wir noch meist heiteres und trockenes Wetter. Doch ist in der nächsten Zeit mit dem Übergreifen der warmfeuchten Strömung der atlantischen Zyklogen auch auf unser Land zu rechnen. Voraussichtliche Witterung: für 19. März: noch ziemlich heiter und trocken, tagsüber warm.

**Kurze Nachrichten aus Baden**

Freiburg i. Br., 17. März. In dem Bericht, betreffend 100-jähriges Bestehen der Ludwigskirche, werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß die Grundsteinlegung der Ludwigskirche erst am 25. August 1829 erfolgt ist, so daß also die 100-Jahrfeier dieser in romanischen (nicht gotischen) Formen gebauten Kirche erst in zwei Jahren vor sich gehen kann.

23. Donaueschingen, 17. März. Die Rindviehzucht-Gesellschaft Donaueschingen-Baar hielt hier unter dem Vorsitz von Landrat Wöhle eine sehr stark besuchte Versammlung ab, an der auch der Präsident der Oberbadischen Rindviehzucht-Gesellschaft und Landeskommissar von Konstanz, Geheimrat Dr. Hartmann, teilnahm. Veterinärarzt Müller nahm in einem Referat gegen die derzeitigen Bestrebungen, schwarz-huntes Niederungsvieh einzuführen, Stellung. Es wurde einstimmig eine Resolution gefaßt, die den Vorstehenden ermächtigt, gegen diese Einführung zu protestieren.

**Verschiedenes**

15 1/2 Stunden mit 10 Sentnern in der Luft  
Der bekannte Beking-Flieger der Junkerwerke, Pilot Schnebele stieg am Mittwoch 4 Uhr in Dessau mit der Junkermaschine D 33 auf und blieb ununterbrochen 15 1/2 Stunden in der Luft. Er stellte mit einer Belastung von 500 Kilogramm einen Weltrekord auf.

**Handel und Wirtschaft  
Berliner Devisennotierungen**

	15. März		17. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.43	168.85	168.50	168.92
Kopenhagen 100 Kr.	112.20	112.48	112.24	112.52
Italien . . . 100 L.	19.305	19.345	19.345	19.385
London . . . 1 Pf.	20.426	20.478	20.441	20.493
Newyork . . . 1 D.	4.2095	4.2195	4.21	4.22
Paris . . . 100 Fr.	16.48	16.52	16.485	16.525
Schweiz . . . 100 Fr.	80.95	81.15	80.98	81.18
Wien . . . Schilling	59.23	59.37	59.23	59.37
Prag 100 Kr. 100	12.461	12.501	12.465	12.505

Rheinische Kreditbank Mannheim. Der Rechnungsabschluss für das Jahr 1926 erbrachte einen Reingewinn einschl. Gewinnvortrag von 2 511 182 RM. (i. V. 2 015 268 RM.). Der Aufsichtsrat beschloß, der auf den 9. April einberufenen G.-B. die Verteilung einer Dividende von 8 Proz. vorzuschlagen, auf neue Rechnung sollen 121 182 (92 613) RM. vorgetragen werden. Die G.-B. wird ferner über die Erhöhung des Aktienkapitals um 6 Millionen RM. Beschluß zu fassen haben, die von einem Konsortium unter Führung der Deutschen Bank übernommen und in vollem Umfange den alten Aktionären zu einem noch festzusetzenden Kurse zum Bezug im Verhältnis von 4:1 angeboten werden sollen. Die Durchführung der Kapitalerhöhung soll im Laufe des Jahres stattfinden. Die Bestimmung des Zeitpunkts wird dem Vorstand und Aufsichtsrat überlassen.

**Börsen und Märkte**

Wochenrundschau nach dem Stand vom 17. März  
Börse. Das Börsengeschäft nahm in dieser Woche einen uneinheitlichen Verlauf. Drückender Auftragsmangel und die verstärkte Tendenz, zum Quartalsultimo frühzeitig die Engagements zu vermindern, führte zu neuen Realisationen und Abschwächungen. Die knappere Geldmarktlage verstärkte die Mißstimmung und Lustlosigkeit. Demgegenüber wirkten ferner die unklaren Absichten der Reichsbank. Die Umsätze schrumpften bedeutend zusammen. Die günstigeren Meldungen aus der Industrie, besonders das lebhafte Geschäft auf der Leipziger Frühjahrsmesse und die Besserung am Eisenmarkt stimmten später freundlicher. Auch der glatte Verlauf der Genfer Wollerversammlungsstatistik brachte eine Anregung. Andererseits ließen jedoch die jetzt alles beherrschenden Sorgen vor der Entwicklung am Geldmarkt alle diese Anregungen zurücktreten. Alle am Börsengeschäft beteiligten Faktoren legten sich nach wie vor verstärkte Vorsicht und Zurückhaltung auf.

Am Geldmarkt hat sich das Angebot vergrößert und die Geldsätze sind etwas billiger geworden. Die Symptome der Verfestigung blieben aber weiter bestehen. Entscheidend bleibt für die Marktpreisgestaltung, daß das Termingeld sehr knapp und nur bei hoher Vergütung erhältlich ist.

Auf den Produktenmärkten zeigte sich kein einheitliches Bild in der Preisbildung. Weizen war etwas höher, während Roggen im Preis schwächer war, hauptsächlich weil der Preisdruck durch die Getreidehandelsgesellschaft jetzt anscheinend offen zugegeben wird. Das Angebot aus dem Inlande war sehr dürftig. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 275 (+3), Roggen 247 (-2), Wintergerste 205 (unb.), Sommergerste 241 (unb.), Hafer 203 (unb.) Mark je pro Tonne und Mehl 36 1/2 (-1/2) Mark pro Dutz.

Warenmarkt. Die wirtschaftliche Entwicklung ist weiter günstig. Der Befriedigende Verlauf der Leipziger Messe ließ erkennen, daß die deutschen Preise wieder wettbewerbsfähig sind. Die erzielten Aufträge sichern der Industrie eine Beschäftigung auf einige Monate.

**Badisches Landestheater**

Spielplan vom 19. März bis 29. März 1927:

- Samstag, 19. März. \* B 20. Einmaliges Gastspiel Rosa Bertens: Neueinstudiert: Die Welt, in der man sich langweilt von Edmund Haeffler. 7 1/2 bis 9. 10 (6.—).
- Sonntag, 20. März. Nachmittags: 13. Vorstellung der Sommermiete für Auswärtige: Der Troubadour. 8—5 1/2 (4.—). Abends: \* E 19. Th.-Gem. 8. G.-B. Neu einstudiert: Die Welt von d'Albert. 7 1/2—10 (8.—).
- Montag, 21. März. Volkshöhle 7. Wie es euch gefällt. Der 4. Rang ist für den allgem. Verkauf freigegeben. 7 1/2 bis 9. 10 1/2 (5.—).
- Dienstag, 22. März. \* A 20. Th.-Gem. 701—800. Madame Butterfly. 8—10 1/2 (7.—).
- Mittwoch, 23. März. \* C 20. Th.-Gem. 601—700 und 801 bis 900 Bonaparte. WSG. 7 1/2 bis 9. 10 1/2 (5.—).
- Donnerstag, 24. März. \* D 20 (Donnerstagniete) Th.-Gem. 1001—1100. Paulus unter den Juden. 7 1/2 bis 9. 10 1/2 (5.—).
- Freitag, 25. März. \* G 21 (nicht Freitagmiete) Th.-Gem. 1. G.-B. Klefand. WSG. 8—10 1/2 (7.—).

Samstag, 26. März. \* E 20. Th.-Gem. 401—600. Die Welt in der man sich langweilt. 7 1/2 bis 9. 10 (5.—).

Sonntag, 27. März. Außer Miete (erstes Vorrecht Miete B). Zur Wiederkehr von Beethovens Todestag. Neueinstudiert: Fidelio von Beethoven. 7 1/2—10 1/2 (8.—).

Montag, 28. März. Volkshöhle 7. Wie es euch gefällt. Der 4. Rang ist für den allgem. Verkauf freigegeben. 7 1/2 bis 9. 10 1/2 (5.—).

Dienstag, 29. März. A 21. Th.-Gem. 901—1000 und 1201 bis 1300. Die Welt, in der man sich langweilt. 8 bis 9. 10 1/2 (5.—).

b) Im städt. Konzerthaus:  
Sonntag, 20. März. \* Stäpfel. 7 1/2—9 1/2 (4.—).

Sonntag, 27. März. \* Mit Heidelberg. 7—10 (4.—).

c) In der städt. Festhalle:  
Montag, 21. März. 5. Sinfonie-Konzert. Beethoven: Sinfonie C-dur; Klavierkonzert C-dur; VII. Sinfonie. Leitung Dr. Heinz Knöll. Solist: Alfred Boehn. 8—9 1/2 (3.50).

Vorankündigung des Badischen Landestheaters  
Mittwoch, den 30. März 1927: Uraufführung: Thomas Paine von Hanns Jost.  
Mittwoch, den 6. April 1927: Gastspiel Balkanoff: Nigolotto.  
Samstag, den 9. April 1927: Erstaufführung: Der Patriot von Alfred Neumann.  
Sonntag, den 17. April 1927: Parsifal von Rich. Wagner.  
Montag, den 18. April 1927: Parsifal.

Vorrecht. a) bei Mietvorstellungen Umtausch für Inhaber von Blockfesten jeweils ab Samstag nachmittags 3 1/2 bis 6 Uhr.

b) bei Vorstellungen außer Miete: Vorrecht der Platzmieter mit 10 Proz. Nachlaß auf die Tagespreise jeweils Samstag vormittags von 9 1/2—12 Uhr. — Die im Wochenplan genannte Abteilung hat das erste Vorrecht, die übrigen von 10 Uhr ab. — Im ersten Vorrecht wird unter den Mietabteilungen abgewechselt.

c) Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

**Staatsanzeiger**

Maul- und Klauenflechte

Nach Meldungen der Bezirksärzte waren am 15. März 1927 verzeichnet:

- Amtsbezirke: Bretten. Gemeinden: Gölshausen.
  - Bruchsal: Neudorf.
  - Ettlingen: Ettlingen, Langensteinbach, Spielberg.
  - Freiburg: Freiburg.
  - Heidelberg: Heidelberg-Kirchheim, Dossenheim (Schwabenheim), Leimen.
  - Karlsruhe: Durlach, Wöschbach.
  - Konstanz: Bollmatingen.
  - Lahr: Altmannsweyer, Kürzell, Nonnenweiler.
  - Mannheim: Ebingen.
  - Rosbach: Schollbrunn.
  - Sforzheim: Weiler.
  - Rastatt: Pfzheim.
  - Sinsheim: Hilsbach.
  - Zaubersbach: Oberschlupf, Raimar, Windischbuch.
  - Überlingen: Weersburg.
- Badisches Statistisches Landesamt.

**Badische Lichtspiele  
KONZERTHAUS**

Samstag, 19. bis einschl. Mittwoch, 23. März 1927  
jeweils abends 8 Uhr  
Samstag und Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags  
Sonntag, 20. März, nur 4 Uhr nachmittags

**Erstaufführung**  
**Nordlandfahrer**

Ein Filmwerk von großen Schiffen, Bergen, Fjorden, Gletschern und anderen Wundern des Nordens  
mit Vortrag des Herrn Kapitän Otto Neubert

Preise: M. 0.60, 0.80, 1.—, 1.30, 1.60, 1.80  
Studierende, Schüler und Erwerbslose gegen Ausweis halbe Preise

Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstr. 225

**Öffentl. Sparrasse des Bezirks Breisach in Breisach.**  
Geschäftsbericht für 1925.

Vermögen.	Rh	Schulden.	Rh
1. Staffenborrat auf 31. Dezember 1925	10 907.57	1. Spareinlagen	170 545.55
2. Girozentralen und Bankguthaben	64 534.20	2. Giro- und Scheckeinlagen	120 755.24
3. Kontokorrent-Debitoren	166 629.19	3. Reinvermögen am 31. Dezember 1925	27 314.75
4. Hypotheken	10 700.—	Rücklagen mit 8 %	23 304.06
5. Darlehen gegen Schuldschein	27 808.20	Restüberschuß	4 010.69
6. Darlehen gegen Wechsel	31 891.07		
7. Einnahme-Rückstände	6 077.—		
8. Gebäude und Fahrnisse	68.31		
	318 615.54		318 615.54

Breisach, den 15. März 1927. R.91  
Der Verwaltungsrat: Meher. Der Geschäftsleiter: Silberecz.

**Deutschtums-Geldlotterie zugunsten des Hauses des Deutschtums Stuttgart.**  
Ziehung 25. und 26. November 1926.  
In die für Baden genehmigten Lose fielen nachstehende Gewinne:

50 RM. Nr. 32595. Je 20 RM. Nr. 51239, 96236, 611, 674, 742, 157059, 448.  
Je 10 RM. Nr. 32260, 75, 463, 646, 65, 67, 740, 73, 800, 94, 992, 51017, 033, 169, 727, 96050, 161, 578, 933, 999, 157146, 219, 506, 754.  
Je 5 RM. Nr. 32037, 40, 54, 70, 96, 128, 62, 94, 216, 17, 42, 61, 309, 22, 79, 458, 88, 91, 93, 97, 508, 13, 48, 73, 98, 629, 42, 58, 66, 721, 58, 819, 38, 66, 93, 905, 25, 45, 98, 51021, 88, 123, 42, 63, 211, 38, 48, 49, 59, 63, 83, 322, 53, 91, 406, 12, 22, 40, 534, 64, 86, 99, 625, 35, 50, 70, 85, 710, 46, 84, 820, 39, 53, 67, 73, 89, 912, 19, 41, 90015, 19, 27, 59, 96, 123, 32, 88, 275, 305, 25, 29, 38, 50, 62, 73, 98, 415, 523, 24, 28, 51, 59, 66, 601, 2, 53, 60, 82, 739, 47, 53, 60, 81, 92, 840, 948, 51, 157038, 51, 58, 122, 36, 63, 96, 241, 91, 341, 50, 56, 91, 98, 412, 508, 47, 93, 601, 89, 749, 815, 29, 58, 78, 907, 37, 53, 95.

**Bürgerl. Rechtspflege**  
Streitige Gerichtsbarkeit.  
R.92. Bruchsal. Nach Abhaltung des Schlußtermins und Vornahme d. Schlußverteilung wurde das Konkursverfahren über das Vermögen des Hoteliers Wilhelm Koch in Bruchsal aufgehoben. Bruchsal, 15. 3. 1927. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

R.93. Bühl. In dem Konkursverfahren über d. Vermögen des Kolonialwarenhandlers Bernhard Greiser in Eßental wird Termin zur Abnahme d. Schlußrechnung des Konkursverwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen u. zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke bestimmt auf: Dienstag, den 12. April 1927, vorm. 11 Uhr, vor das Amtsgericht Bühl, I. Stock, Zimmer Nr. 2. Bühl, 16. März 1927. Bad. Amtsgericht II.

Konkursveröffnungs. R.98. Wolfach. Über das Vermögen des Kaufmanns Emil Bähle, Fischerbach, wurde heute d. Konkurs eröffnet. Amtsbürgermeister Bulacher i. Wolfach ist Konkursverwalter. Forderungen sind bis 2. April 1927 anzumelden. Erste Gläubigerversammlung u. Prüfungstermin sind auf 13. April 1927 bestimmt. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ergeht Leistungsverbot. Anzeigepflicht an den Konkursverwalter 5. spätestens 2. April 1927, auch für Forderungen, für welche abgeforderte Verfriedigung verlangt wird. Wolfach, 17. 3. 1927. Amtsgericht.

**Verf. Bekanntmachungen**  
Kuhholz-Versteigerung  
d. Forstämter Karlsruhe-Gardt und Karlsruhe am Donnerstag, den 24. März 1927, vormittags 9 Uhr, im Schützenhaus bei Karlsruhe:  
a) Aus dem Forstwald: (Abt. I, Ib, 3. 4. Forstwart Binder im Deutscheneurt; Abt. II, 1-5 Förster Bauer, Karlsruhe) Stammholz: 6 St.

den (1,56 fm III., 2,87 fm IV., 0,27 fm V.); 85 Eichen (6,33 fm I., 12,95 fm II., 15,85 fm III., 8,36 fm IV. KL.); dabei gute Furrerstücke; 9 Kiefern (0,88 fm III., 1,14 fm IV., 1,86 fm V., 0,10 fm VI. KL.); 2 Buchen (0,66 fm IV., 0,26 fm V. KL.); 105 Fichten (2,11 fm IV., 6,94 fm V., 7,54 fm VI. KL.); 3 Fichtenabschnitte (0,88 fm II., 1,43 fm III. KL.); 120 Fichtenabschn. (27,59 fm II., 29,32 fm III. KL.); 1 Kiefernabschn. (0,42 fm III. KL.); Stangen: 20 Baustrangen II. KL., 4 Hagstrangen, 11 Sopfenstrang, 1 M. Nuss-schichtholzstere: 23 eich., 4 alaz. R.96

b) Aus dem Hasenengarten: (Abt. VI, 4. 5. 6. 7. Oberforstwart Stober, Karlsruhe.) Stammholz: 7 Painbuchen (III.—V. KL. 2,71 fm); 10 Eichen (I.—VI. KL. 10,34 fm); 1 Ulme (V. KL. 0,43 fm); 12 Ahorn (III.—VI. KL. 6,66 fm); 1 Linde (IV. KL. 0,91 fm); 3 Fichten (V., VI. KL. 0,48 fm); 6 Kiefernabschn. (I., II. KL. 3,19 fm); 13 Fichtenabschnitte (II., III. KL. 7,30 fm); 2 Fichtenabschnitte (II., III. KL. 1,81 fm); 1 Weimouthskieferabschn. (I. KL. 2,16).

Nachstehende über sämtliches Holz vom 19. 3. 1927 ab durch Forstamt Karlsruhe-Gardt. Weitere Auskunft durch die Forstämter.

**Nadelstammholz-Verkauf**  
Das Forstamt Konstanz verkauft freihändig aus den Staatswaldungen 1200 fm Fichten- und Fichtenstämme und Abschnitte aller Klassen (darunter 280 fm Fichten IV. und V. KL. Eingebote in Prozenten der Landesgrundpreise bis Donnerstag, den 24. d. M., nachm. 4 Uhr, erheben. R.96  
Losverzeichnis durch das Forstamt (Herrn Ruf Nr. 318.)

Eppingen. R.94  
Vereinsregister: Reiterverein Eppingen. Eppingen, 17. 3. 1927. Amtsgericht.

**Badisches Landestheater**  
Samstag, 19. März 1927  
\* B 20  
Einmaliges Gastspiel Rosa Bertens  
Neu einstudiert  
**Die Welt, in der man sich langweilt**  
von Pailleron  
In Szene gesetzt von Ulrich von der Trenck  
Herzogin von Réville  
Rosa Bertens a. G.  
Gräfin von Céran Ermarth  
Suzanne Rademacher  
Rogier Leitgeb  
Vellac Hiel  
Raymond Kloebe  
Jeanne Clement  
Briot Graf  
von Brisis Herz  
Loulonnier Förder  
Saint-Réault Ritter  
Frau von Saint-Réault  
Merk  
Frau von Loubain Center  
Rif Watson Fein  
Frau von Arriego Wöberl  
Melchior von Boines  
Gofbauer  
Baronin von Boines  
Hermesdorff  
Gajac Wack  
Desmillets Müller  
François Rehner  
Diener Weidner  
Kammerjungfer  
Kautenschläger  
Anfang 7 1/2, Ende gegen 10 I. Speerstr. R. 6.—  
So. 20. März nachmittags  
Der Troubadour  
abends: Neu einstudiert:  
Die Welt  
Im Konzerthaus: Stäpfel  
Mo. 21. März  
Wie es euch gefällt  
In der Festhalle:  
5. Sinfonie-Konzert